



## Landesorganisation

Wir geben einen kurzen Ausblick auf den Juso-Bundeskongress, der Ende November stattfindet. Außerdem fassen wir die Ergebnisse der Landeskonferenz vom 8. September zusammen. (Seite 6)

## Aus Bremen-Nord

Die Jusos Bremen-Nord schildern anhand eines Interviews die prekäre Lage an Bremer Schulen aus Sicht eines Schulleiters. (Seite 7)

## Aus Bremen-Stadt

Der Finanzdienstleister MLP und seine Werbemethoden an den Bremer Hochschulen waren Thema bei der Mitgliederversammlung der Jusos Bremen-Stadt. (Seite 9)

## Hochschulgruppen

AStA für Alle, die Juso-nahe Hochschulgruppe an der Universität Bremen, sowie die Juso-Hochschulgruppe der Hochschule Bremen stellen sich und ihre Arbeit vor. (Seite 10)

## HALBZEIT FÜR SCHWARZ-GELB

**A**m 26. Oktober 2009 unterzeichneten CDU, CSU und FDP ihren Koalitionsvertrag. „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.“ versprach der Titel. Doch gewachsen ist seitdem vor allem der Unmut über die Regierungsarbeit und von Zusammenhalt kann selbst innerhalb der Koalition zwei Jahre danach keine Rede sein. Eine Bilanz.

Das Wesen der schwarz-gelben Regierung wurde schon früh deutlich. Mit dem sogenannten „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ wurden Kinderfreibeträge erhöht und die Erbschaftsteuer drastisch gesenkt – Entlastungen, die fast ausschließlich Gutverdiener und Vermögende treffen. Ganz zu schweigen von der Steuerermäßigung für Hotelübernachtungen. Der Nutzen

darf angezweifelt werden, die Kosten summieren sich inzwischen auf 17 Milliarden Euro.

Der nächste Streich folgte mit dem Haushalt für das Jahr 2011. Das schwarz-gelbe Sparpaket sah Kürzungen vor allem im sozialen Bereich vor: Leistungen und Elterngeld für Arbeitslose wurden gestrichen, auch der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger fiel dem Rotstift zum Opfer. Die angebliche andere Hälfte der Sparmaßnahmen bestand aus Luftbuchungen: der noch völlig unkonkreten Bundeswehrreform sowie der Brennelementesteuer als Rechtfertigungsversuch für die noch nicht beschlossene Laufzeitverlängerung für deutsche Kernkraftwerke.

Weiter auf Seite 2.

## In diesem Heft

- Bildung vorstrecken? (S. 3)
- Bericht von der Steuerkonferenz der SPD Bremen (S. 4)
- Bericht von der Juso-Herbstakademie in Petershagen (S. 5)
- Aus der Landesorganisation (S. 6)
- Aus den Unterbezirken (S. 7)
- Hochschulgruppen (S. 10)
- Forum: Mitgliederseite (S. 12)
- Rote Grütze (S. 13)

... Fortsetzung von Seite 1.

Auch das nationale Stipendienprogramm – Vorzeigeprojekt des konservativ-liberalen Exzellenzwahns – erwies sich als teurer Flop. Die ursprünglich geplanten 160 000 Stipendien wurden auf deutlich weniger ambitionierte zehntausend reduziert, aber selbst die konnten nicht vergeben werden. 1,4 Millionen Euro wurden 2011 ausgezahlt, umgerechnet weniger als tausend Stipendien. Für Verwaltung und Werbung wurde fast das Doppelte ausgegeben: 2,7 Millionen Euro.

Als ebenso gescheitert muss man das sogenannte „Bildungspaket“ betrachten. Das Aushängeschilder von der Leyenschen Sozialpolitik bedeutet einen immensen Verwaltungsaufwand auf Seiten der Anbieter wie auf Seiten der Bedürftigen und wird daher kaum nachgefragt.



Unter Federführung von Ex-Gesundheitsminister und FDP-Insolvenzverwalter Philipp Rösler wurde dann Ende letzten Jahres eine Reform beschlossen, deren wesentlicher Inhalt in der Abkehr von der solidarischen Finanzierung des Gesundheitssystems lag: Zwar blieb uns das Schlimmste zunächst erspart, aber die Kopfpauschale kommt auf Raten – in Form von Zusatzbeiträgen. Verbesserungen bringt auch diese

## LEITARTIKEL: HALBZEIT FÜR SCHWARZ-GELB

Reform vor allem für Besserverdienende: Der Wechsel in die private Krankenversicherung ist statt zuvor nach drei Jahren jetzt schon nach einem Jahr möglich, das dazu erforderliche Monatseinkommen wurde auf 4 125 Euro abgesenkt.

Wenn man dieser Bundesregierung eine Überschrift geben möchte, so ist sie nicht Wachstum oder Bildung, schon gar nicht Zusammenhalt sondern Beliebigkeit und Durcheinander. In nur zwei Jahren gab es sieben Personalwechsel im Kabinett. So viele wie bei Gerhard Schröder – dem das im Wahlkampf 2005 noch vorgeworfen wurde – in den gesamten sieben Jahren Regierungszeit.

Vom „einfacheren, niedrigeren

men – zu Lasten zukünftiger Generationen.

Als dann im März in drei Reaktoren im japanischen Fukushima die Kerne schmolzen und sich damit eine mit Tschernobyl vergleichbare Katastrophe auch in einem Kernkraftwerk westlicher Bauart wiederholte, wurde Union und FDP auf schreckliche Weise ihr Versagen auch in der Atompolitik vor Augen geführt. Es folgte die 180-Grad-Wende: In einer Geschwindigkeit, die man ihr nie zugetraut hätte, beschloss die Regierung den Ausstieg aus dem Ausstieg aus dem Ausstieg.

Auch in der Außenpolitik gibt die Koalition ein schlechtes Bild ab. Zwar hat sich der Außenminister vorbildlich gegen einen militärischen Einsatz in Libyen ausgesprochen. Bei der Verabschiedung der entsprechenden UN-Resolution gelang es aber nicht, Verbündete für die eigene Haltung zu gewinnen, so dass Deutschland – bisher einmalig bei einer solch existentiellen Frage – sich am Ende selbst isoliert hat.

Bislang trauriger Höhepunkt des schwarz-gelben Chaos ist aber wohl die andauernde Euro-Krise und die unruhestiftende, völlig konfuse Haltung der einzelnen Regierungsmitglieder dazu, die sich gegenseitig – und gerne auch mal sich selbst – widersprechen.

Die selbsternannte „Koalition der Mitte“ hat die Mitte der Legislaturperiode erreicht. Man kann nur hoffen, dass uns eine zweite Halbzeit erspart bleibt. ●

(ag)

und gerechteren Steuersystem“ distanzierte sich Westerwelle bereits am Tag nach der Bundestagswahl. Dass die Steuersenkungsphantasien der FDP nicht verantwortungsvoll zu realisieren sind, wurde früh erkannt. Der schrittweise Rückzug vom einzigen Programmpunkt der Steuersenkungspartei ist aber noch nicht abgeschlossen und es bleibt mit Spannung zu erwarten, ob die Steuersenkungen nicht doch am Ende noch kom-

**Links&bündig****Sozialdemokratische Wahlergebnisse im September**

- Mecklenburg-Vorpommern
  - 35,6% SPD
  - 23,0% CDU
  - 18,4% Linke
  - 8,7% Grüne
  - 6,0% NPD
  - 2,8% FDP
- Kommunalwahl in Niedersachsen
  - 37,0% CDU
  - 34,9% SPD
  - 14,3% Grüne
  - 3,4% FDP
  - 2,4% Linke
- Berlin
  - 28,3% SPD
  - 23,4% CDU
  - 17,6% Grüne
  - 11,7% Linke
  - 8,9% Piraten
  - 1,8% FDP

**Wahlen im Ausland**

- In Dänemark gewinnt der sogenannte „Rote Block“ gegen die bisherige konservative Regierung, die sich von Rechtsextremen und Rechtspopulisten tolerieren ließ. Der Wechsel war nur möglich, weil die linken Parteien abseits der Sozialdemokratie zugelegt haben. Die Sozialdemokraten hatten versucht, Wähler zu gewinnen, indem sie konservative Migrationspolitik kopierten.
- Erstmals haben in Frankreich linke Parteien und in erster Linie unsere Partnerpartei, die „Parti Socialiste“, eine Mehrheit im französischen Senat. Das ist deswegen beachtlich, weil der Senat nicht vom Volk gewählt wird, sondern von Wahlmännern aus den Regionen, die sich aus Bürgermeistern und anderen „Würdenträgern“ zusammensetzen. Zuvor gab es im Senat immer deutliche konservative Mehrheiten.

**BILDUNG  
VORSTRECKEN?**

Der Bundesgerichtshof hat im August ein vielleicht folgenreiches Urteil gefällt. Bildungs- und Ausbildungskosten sollen von der Steuer absetzbar sein. Und zwar nicht nur wie bisher sofort, sondern auch nachträglich. Denn zur Zeit ist es äußerst selten, dass zum Beispiel Studierende ihre Ausbildungskosten auch von der Steuer absetzen. Dazu müssten sie nämlich Steuern zahlen. Dies tun sie in der Regel erst, wenn ihre Ausbildung bereits abgeschlossen ist.

Die Entscheidung sieht vor, dass man diese Kosten in Zukunft auch noch nachträglich geltend machen kann. Studenten müssten nun auch Steuererklärungen formulieren wenn sie nichts verdienen. Dadurch entstünden Verlusterklärungen, die auch noch vier Jahre später erstellt werden können und von dem späteren Einkommen abgezogen werden. Somit können gerade Akademiker mit einem teuren Studium ihre Steuern in den ersten Berufsjahren deutlich drücken. Schätzungen der Medien gehen davon aus, dass diese Regelung bei konsequenter Anwendung den Staat um ungefähr fünf Milliarden Euro im Jahr brächte.

Trotzdem waren die ersten Stimmen aus dem schwarz-gelben Lager nicht einhellig negativ. Spiegel Online schrieb sogar, dass diese Politiker mit der Entscheidung Studiengebühren als legitimiert betrachten.

Diese Einstellung ist kein Wunder. Denn eine in dieser Art geänderte Regelung bedeutet eigentlich, dass die Kosten für ein Studium oder eine Ausbildung lediglich ein Auslegen wären, da man die Kosten ja später indirekt erstattet be-

kommt. Das ist ideal für alle, die mit dem Auslegen kein Problem haben. Wer aber gerade nicht das Geld hat, dem hilft die Regelung nicht. Und auch Kredite können hier keine Lösung sein, schließlich wird der Steuererlass wohl nicht die Zinskosten mit in Betracht ziehen. Für das Klientel der FDP und der CDU wäre die Änderung also ein netter Bonbon. Für die, die es eh schon schwer beim Studieren haben, hilft die Entscheidung nichts.

Immerhin sprach sich Wolfgang Schäuble kurz nach dem Urteil dafür aus, die Gesetzeslücke zu schließen und die Ausbildungskosten nicht nachträglich absetzbar zu machen. Sein Argument, verkürzt, war, dass dies bisher politisch nicht gewollt war und dass es daher nicht ohne Diskussion eingeführt werden sollte.

Auch wenn die Argumentation durchaus anders lauten könnte, sollte man diese Einstellung in der Sache unterstützen. Denn die nachträgliche Rückerstattung von Ausbildungskosten macht das Studium finanziell nicht leichter. Die fünf Milliarden Euro wären besser in einem System investiert, das Ausbildungen insgesamt günstiger machen würden. Um das zu erreichen könnte das Finanzministerium gegen den Beschluss des BFH erst einmal einen Nichtanwendungsbeschluss erlassen. Bei Redaktionsschluss ist das noch nicht passiert. ● (mw)

**Deine Meinung?**

Eine andere oder ergänzende Sicht auf diesen Meinungsbeitrag? Dann schreib sie auf und schick sie uns.

Es muss sich etwas ändern. Für Jusos dürfte diese Aussage nichts Neues darstellen. Sie in steuerpolitischer Hinsicht von Vertretern der Bundespolitik zu hören, dagegen schon. Gemeinsam mit dem DGB bekannte man sich in den Räumen der Hochschule Bremen zu einer Steuerpolitik, die im Zeichen von Verteilungsgerechtigkeit und gesellschaftlichem Zusammenhalt stehen und eine ausreichende Finanzierung wichtiger staatlicher Leistung garantieren müsse.

In zwei Workshops, die letztlich jedoch eher Präsentationen und kurze Diskussionen über den Status Quo waren, wurden die Probleme, die auch zwei Legislaturen Rot-Grün zu verantworten haben, aufgezeigt. Dabei betteten die Referenten – unter anderem der renommierte Bremer Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Rudolf Hickel und der DGB-Experte Dr. Mehrdad Payandeh – die steuerpolitische Lage in die fatalen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaftspolitik ein.

Man müsse einen „politisch definierten Wachstumspfad“ ebnen, so Payandeh während des Workshops, in dem er mit Hickel die „Systematik der Unterfinanzierung der öffentlichen Hand“ verdeutlichte. Die öffentliche Hand müsse wieder Investitionsanreize schaffen und vor allem auch wieder selbst investieren, statt der Spekulation an den Finanzmärkten freie Hand zu lassen, wie es derzeit der Fall ist. Mit einem gerechten Steuersystem kombiniert (momentan sei Deutschland eine Steueroase), ergäbe sich hieraus auch die Chance auf schrittweise Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Hickel hält fest: Der Staat müsse seine öffentlichen Aufgaben

## „DIES IST KEINE NEID-DISKUSSION – ES GEHT UM FAIRNESS!“

### Bericht von der steuerpolitischen Konferenz der Bremer SPD

wahrnehmen können. Als Bereitsteller von Infrastruktur und öffentlichen Gütern, zum Auffangen von externen Effekten und dem Verhindern von Marktversagen werde er unbedingt gebraucht. Die Kernaussage: Der Sozialstaat muss verteidigt werden.

### „Wir haben es selbst verbockt.“

Sie waren mit ihren Ansichten nicht allein. Der Bremer Bürgermeister a. D. Klaus Wedemeier sieht einen Teilabschied von der Agenda 2010, mit der man die steuerpolitische Misere „selbst verbockt“ habe, ge-

Er blies damit in ein Horn mit Andreas Bovenschulte, dem SPD-Vorsitzenden im Land Bremen und dem niedersächsischen MdB Joachim Poß. Beide hatten zuvor genauso leidenschaftlich wie er für das neue Konzept der SPD geworben, das den ehrgeizigen Namen „Nationaler Pakt für Bildung und Entschuldung“ trägt. „Dies ist keine Neiddiskussion – es geht um Fairness!“, stellte Poß klar. Auch Dr. Carsten Sieling, MdB aus Bremen, schloss sich den Forderungen an.

In der abschließenden Diskussion zogen Carsten Sieling, Hickel und Payandeh unter der Moderation von Uta Kummer



kommen. Aber: „Zu den Fehlern müssen wir stehen.“ Dem Neo-Liberalismus sei man damals wie fast jeder auf den Leim gegangen. Man müsse nun aus der Vergangenheit lernen und es besser machen. Gemeinsam mit der Bremer SPD befürwortete er einen Spitzensteuersatz, der mit 52 % noch über den 49 % der Bundespartei liegt. Rot-Grün hatte den Spitzensteuersatz auf 42 % herabgesenkt.

noch einmal ein Resümee der Konferenz. Sie bekräftigten ihr Eintreten für eine Steuerpolitik, die der chronischen Unterfinanzierung öffentlicher Haushalte entgegenwirkt und Verteilungsgerechtigkeit schafft. Man wird sehen, wie viel auf dem bundespolitischen Parkett davon übrig bleiben wird. Hoffnungen wurden hier mit Sicherheit einige geweckt. ● (jr)

Vom 22. bis 25. September fand in Petershagen bei Minden die vom Juso-Bundesverband organisierte Herbstakademie statt. Vier Tage lang wurde über Rente, Arbeit, Steuern, Gesundheit und die Grundlagen sozialistischer Politik referiert und diskutiert.

Mitten im nordrhein-westfälischen Idyll, das Kohlekraftwerk hinter der Kuhweide stets im Blick, trafen sich die 19 Teilnehmer der Herbstakademie am Donnerstagabend in Petershagen. Auch die Bremer Jusos waren mit drei Köpfen gut vertreten. Zum besseren Kennenlernen und als Einstieg in die Materie wurden in einem Spiel ganz praktische Erfahrungen mit dem Kapitalismus gesammelt.

Von Neoklassik über Keynes zu Marx und den Grundlagen sozialistischer Politik wurden zunächst elementare ökonomische Kenntnisse vermittelt. Ergänzt wurden diese von zwei Referenten der Hans-Böckler-Stiftung, die zur Zukunft des Sozialstaats und zur Euro-Krise vortrugen.

## ZWISCHEN KUHWEIDE, KOHLEKRAFTWERK UND KARL MARX

### Juso-Herbstakademie in Petershagen

und dann gegenseitig zu den Themen Rente, Arbeit, Gesundheit und Steuern. Im Anschluss an die Präsentation wurden diese Themen

über diverse Steuermodelle bis hin zur Gretchenfrage nach Alternativen zum Kapitalismus reichte, verlief nicht nur in freundlicher



Atmosphäre sondern auch auf angenehm hohem Niveau.

In Form von Blogbeiträgen sollten die wichtigsten Erkenntnisse festgehalten werden. Im Laufe der nächsten Tage könnt ihr diese im Juso-Blog unter [blog.jusos.de](http://blog.jusos.de) nachlesen.

Ein besonderer Dank für die Vermittlung der theoretischen Grundlagen, die Moderation und ständige Begleitung der Herbstakademie gilt Sascha, Jan und Ralf vom Juso-Bundesvorstand sowie Julia für die Veranstaltungsorganisation und die Fotos. Auf eine Wiederholung darf man hoffen. Teilnahme wärmstens empfohlen. ● (ag)



Darüber hinaus wurde aber auch ganz praktisch gearbeitet. In vier Gruppen informierten sich die Teilnehmer zunächst selbst

dann kontrovers diskutiert. Die Debatte, die von der Frage der verfassungsmäßigen Notwendigkeit einer Beitragsbemessungsgrenze

## Links&amp;bündig

- **Anträge online diskutieren**  
Bereits jetzt können die Anträge, über die am 25. bis 27. November auf dem Juso-Bundeskongress entschieden werden soll, online diskutiert werden. So kannst du auch als nicht Delegierter deine Meinung einbringen: <http://diskussion.jusos.de/>
- **Der Landesparteitag hat am 28. September auch über die Anträge der Jusos entschieden.** Der Antrag zur **Zivilklausel** wurde angenommen. Der Antrag zur **ethischen Finanzwirtschaft** wird zur besseren Ausarbeitung an den Arbeitskreis Wirtschaft verwiesen. Der Antrag zum **Stadt-Ticket** wurde gegen die Stimmen der meisten Jusos an die Bürgerschaftsfraktion überwiesen, die allerdings inzwischen auf Grundlage des Juso-Antrages einen Antrag beschlossen hat (siehe auch Seite 9 links).
- **Auf der Landeskonzferenz wurden auch die Delegierten für den Juso-Bundeskongress gewählt.**

Delegiert sind

- Janne Herzog (13)
- Rene Kieselhorst (11)
- Larissa Schmidt (10)
- Kerstin Vennemeyer (14)
- Sherin Wanning (14)
- Stefan Weger (10)

Ersatzdelegierte sind

- Sercan Alkaya (8)
- Kevin Lenkeit (7)
- Falk Wagner (6)
- Sarah Ryglewski (5)
- Raik Borsdorf (4)
- Natasha Fischer (4)
- Alexander Stavenhagen (4)
- Denis Pijetlovic (2)

(Stimmenzahl in Klammern)

## GEMEINSAM VERÄNDERN

### Juso-Bundeskongress in Lübeck

**E**nde November findet in Lübeck der Bundeskongress der Jusos statt.

Im Mittelpunkt steht in diesem Jahr die Neuwahl des 9-köpfigen Bundesvorstandes. Die Wahlen versprechen spannend zu werden, da viele der bisherigen Stellvertreterinnen und Stellvertreter nicht mehr kandidieren werden. Klar ist aber, dass Sascha Vogt, der 2010 als Nachfolger von Franziska Drohsel gewählt wurde, in diesem Jahr wieder für das Amt des Juso-Bundesvorsitzenden kandidieren möchte. Eine Entscheidung über die wir uns als Bremer Jusos gefreut haben, da wir bereits in der Vergangenheit z. B. beim Thema Kindergrundsicherung gut zusammen gearbeitet haben und Sascha uns auch im Wahlkampf unterstützt hat.

Neben den Wahlen ist ein weiterer wichtiger Tagesordnungspunkt die Beschlussfassung über das Arbeitsprogramm der Jusos für die

Jahre 2011–2013. Dem Programm kommt in diesem Jahr eine besondere Bedeutung zu, da es auch unsere grundsätzliche Positionierung und Strategie für die heiße Phase vor der nächsten Bundestagswahl festlegt – einschließlich der Kür unseres Kanzlerkandidaten. Eine Vorversion des Programms sowie einige schon vorliegende Anträge könnt ihr euch auf [diskussion.jusos.de](http://diskussion.jusos.de) ansehen und direkt diskutieren.

Wir können uns also auf spannende Debatten einstellen an denen sich die Bremer Jusos mit ihren Delegierten, **Janne Herzog, Rene Kieselhorst, Larissa Schmidt, Kerstin Vennemeyer, Sherin Wanning** und **Stefan Weger**, engagiert beteiligen werden.

Übrigens: der Juso-Bundeskongress ist für alle Jusos offen. Ein Abstecher ins nahe Lübeck zur Unterstützung der Bremer Delegation lohnt sich also. ● (sr)

## BERICHT VON DER LANDESKONFERENZ

**D**ie zweiundzwanzig anwesenden Delegierten der Landeskonzferenz der Bremer Jusos hatten am 8. September über fünf Anträge zu entscheiden. Außerdem stand die Wahl der Delegierten für den Juso-Bundeskongress auf dem Plan.

In seinem Grußwort warb der SPD-Landesvorsitzende Andreas Bovenschulte für das Steuerkon-

zept der Bremer SPD. Erstmals seit der Regierungsübernahme durch Rot-Grün 1998 werde damit wieder über die Verbesserung der Einnahmesituation nachgedacht. Das Bremer Konzept geht dabei über den Vorschlag des SPD-Vorstands hinaus, indem es eine Beibehaltung der „Reichensteuer“ und eine Abschaffung der Abgeltungssteuer fordert. Darüber

hinaus sprach Bovenschulte die Parteireform als Antwort auf die Frage an, wie es uns als Partei bzw. als Jusos gelingt, gestaltend in die Politik einzugreifen.

Der Diskussionsvorschlag zur Parteireform wurde von der Landesvorsitzenden Sarah Ryglewski vorgestellt. Während das Konzept des Parteivorstands stark auf die Professionalisierung der Partei abzielt, steht der Begriff der Mitgliederpartei im Fokus der Juso-Forderungen. Neben den in der letzten Ausgabe des MorgenRot vorgestellten Vorschlägen zur Neustrukturierung der Parteispitze, die inzwischen auch vom SPD-Bundesvorstand aufgegriffen wurde und der Verdoppelung der Zahl der Bundesparteitagsdelegierten wurde auch eine Vereinfachung von Mitgliederentscheiden durch eine Absenkung des Quorums gefordert.

Sarah stellte klar, dass die Reform durch die aktuelle Diskussion nur angestoßen wird und nicht abgeschlossen ist. Mittelfristig sind auch Veränderungen in Bremen und den Unterbezirken erforderlich.

Nach der spärlich ausgefallenen Aussprache, deren Ursache in der großen Zustimmung oder aber in der diskussionsunfreundlichen Uhrzeit und dem straffen Zeitplan gelegen haben mag, wurde der Antrag einstimmig angenommen. Dabei wurde er um den Punkt ergänzt, dass eine Verkürzung der Antragsfristen zum Bundesparteitag geprüft werden sollte.

Über die zur Abstimmung stehenden Anträge wurde in der letzten Ausgabe des MorgenRot bereits berichtet. Anstelle des Antrages zu Hochschulfinanzierung und Zivilklausel wurde ein reiner Zivilklauselantrag beschlossen. Die

Frage der Hochschulfinanzierung wurde komplett gestrichen und soll nun gemeinsam mit dem Wissenschaftsforum erneut aufgegriffen werden. Aus dem Antrag zur Verbesserung des Stadt-Tickets wurde die Ermöglichung eines kostenlosen ÖPNV auf ein kostenloses StadtTicket reduziert. Der Antrag zur ethischen Finanzwirtschaft wurde angenommen.

Zur Forderung des Verbotes von Hunde- und Pferdestaffeln sowie Pfefferspray auf Demos wurde ein Gespräch mit dem Innensenator als Alternative zur Annahme vorgeschlagen und der Antrag mit einigen Gegenstimmen an den Landesvorstand überwiesen.

Die Vorstellung unseres Verbandsmagazins MorgenRot musste aufgrund der fortgeschrittenen Zeit verschoben werden. ● (ag)

**N**ach der Sommerpause entschlossen wir Bremen-Norder Jusos uns zu einem neuen Projekt, bei dem wir mit möglichst vielen Schulleitern in Kontakt treten wollten, um ein Interview bezüglich der Lage der jeweiligen Schule durchzuführen. Gleich beim ersten Interview mussten wir dann feststellen, dass dies so leider gar nicht möglich ist, da es den Schulleitern nach dem Beamtengesetz nicht erlaubt ist, (kritische) Angaben zu machen. Letztendlich war die einzige Möglichkeit ein ehrliches und offenes Interview durchzuführen, wenn Schule und Name anonym bleiben. Dies ist sicherlich etwas schade, jedoch hielten wir diese Option für die beste, damit wir ehrliche Einschätzungen bekommen. Hier nun also das erste Interview:

## UNTERBEZIRK BREMEN-NORD

### Kürzungen sind unausweichlich – Ein Interview zur Lage in den Bremer Schulen

*Hallo, zunächst einmal möchten wir uns bedanken, dass es so kurzfristig und unkompliziert mit dem Interview geklappt hat. Unsere erste Frage bezieht sich allgemein auf ihre Schule: Wie ist diese aufgebaut?*

„Bei unserer Schule handelt es sich um ein Gymnasium. Zurzeit besteht unsere Schule aus etwa 1000 Schülern.“

*Wieviele Lehrkräfte sind an Ihrer Schule tätig und wie hoch ist in etwa das Durchschnittsalter dieser?*

„Zurzeit haben wir an unserer Schule etwa hundert Beschäftigte.

Diese Zahl setzt sich zusammen aus Lehrern und Erziehern. Das besondere bei Letztgenannten ist, dass diese einen anderen Zuständigkeitsbereich haben – sprich ‚sie dürfen weniger‘ – und zudem verdienen sie weniger als ‚normale‘ Lehrer. Sie dürfen zum Beispiel keinen Unterricht machen, sondern sind nur zur Betreuung da. Der Gedanke dahinter ist natürlich Geld einzusparen.

Das Durchschnittsalter unserer Lehrkräfte liegt bei etwa 40 bis 45 Jahren, was vergleichsweise relativ jung ist. Dieses geringe

Durchschnittsalter hängt damit zusammen, dass in den letzten Jahren viele neue jüngere Lehrer eingestellt wurden.“

*In der Presse liest man oft von einem Lehrermangel an unseren Schulen. Besteht dieser auch an Ihrer Schule? Wie sieht es darüber hinaus grundsätzlich mit der finanziellen Ausstattung aus? Gibt es AGs an denen die SchülerInnen teilnehmen können?*

„Die Versorgung mit Lehrkräften ist mangelhaft. Dies hängt mir dem Sparzwang zusammen und hat viele negative Folgen. So werden zum Beispiel Kürzungen im Unterricht unausweichlich, zudem wird es nächstes Jahr ein beschränkteres Angebot an unserer Schule geben, weil einfach kein Geld da ist. Besonders kleinere Fächer werden dabei wegfallen, bei denen eine Mindestschülerzahl nicht erreicht wird. Dies betrifft Fächer wie Chemie, Physik, Spanisch, Latein und Französisch, um nur einige zu nennen. Auch AGs gibt es keine mehr, da dafür die Ressourcen fehlen. Darüber hinaus hat es manchmal den Anschein, als ob Gymnasien im Allgemeinen ungewollt sind, da von Seiten der Politik in den letzten Jahren andere Schulformen deutlich bevorzugt wurden, gerade ausstattungsmäßig. Dies gilt im Übrigen für alle Bremer Gymnasien. Einzige Rettung derzeit sind Förderverbände, sofern sie vorhanden sind, die aus Lehrern und Eltern zusammengesetzt sind. Das Geld, welches da zusammenkommt ist jedoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein und in keinster Weise ausreichend.“

*Wieviel Geld bzw. Lehrkräfte wären denn nötig um einen reibungslosen Unterricht sicherstellen*

*zu können? Besteht darüber hinaus ein Problem, da es weniger verbeamtete Lehrer gibt?*

„Schwer zu sagen, ich schätze den Mehrbedarf auf etwa 20 %, geld- wie personenmäßig.

Die Verbeamtung ist auf der anderen Seite kein Problem: Bremen verbeamtet. Dies geschieht daher, um für junge Lehrer ‚attraktiv‘ zu sein im Vergleich zu den anderen Bundesländern.“

*Schaut man sich den neuen Koalitionsvertrag in Bremen an, sieht man, dass das Budget für Bildung (und öffentliche Sicherheit) um 1,2 % gesenkt werden soll. Welche Folgen erwarten sie durch diese Planungen? Fallen diese im Rahmen der geburtschwachen Jahrgänge überhaupt auf?*

„Überraschenderweise wurden im letzten Jahr wieder mehr Erstklässler in Bremen eingeschult. In dem Zusammenhang stellt sich für mich die Frage, ob dies nicht vorher abzusehen war, da die Behörde ja schließlich über die ganzen Daten verfügt. Die Kürzungen im Bildungsbudget werden die Folge haben, dass es vermutlich zu Änderungen im Schulsystem kommen wird. Es könnte zum Beispiel das Inklusionsmodell zur ‚Spardose‘ geraten. An der Bremer Uni werden keine Sonderpädagogen mehr ausgebildet, ich frage mich, ob Bremen es schaffen wird, nötige Sonderpädagogen aus anderen Bundesländern einzuwerben. Gegebenenfalls würden Lehrer durch Erzieher ersetzt, was zwar finanziell attraktiv wäre aber auch eine qualitative Verschlechterung bedeutete.

Änderungen in der gymnasialen Oberstufe werden darüber hinaus sein, dass es für Schüler weniger Wahlmöglichkeiten geben wird, da dies billiger ist. Die Politik wird

dies jedoch nicht verordnen, sondern die Schulen haben aus Ressourcenmangel gar keine andere Möglichkeit. In der Folge werden dann die Schulen anstatt die Politik dafür schuldig gemacht.“

*Was wären ihre allgemeinen Wünsche bezüglich der Bildungspolitik in Bremen?*

„Ich halte die Bremer Bildungsbehörde für zu stark sozialdemokratisch durchdrungen, man merkt, dass dieses Ressort seit Jahrzehnten sozialdemokratisch besetzt wird. Eine ernst zu nehmende Opposition, die effektiv auf Missstände hinweisen könnte, existiert nicht. Zudem überblicken die Politiker oft nicht die Tragweite ihrer Entscheidungen. Dadurch gibt es keine Kritik und ein festgefahrenes System. Um die Bremer Schulen wieder konkurrenzfähig zu machen, müssen in all diesen Bereichen Verbesserungen her.“

*Letzte Frage: Wie ist Ihre Meinung zum sogenannten Turbo-Abi?*

„Ein Verbrechen an den Kindern, die in Folge dessen keine Freizeit und keine Freiheiten mehr besitzen. Schüler in der neunten Klasse haben oft bis halb fünf Unterricht. Eine Alternative dazu wäre, die Lehrpläne komplett zu überprüfen und abzuspecken. Es ist hier allerdings fraglich, ob dann noch mit dem Abitur die allgemeine Hochschulreife verbunden wäre.“

**Wir bedanken uns nochmals für dieses offene und ehrliche Interview und hoffen, dass dieses evtl. zu einer Verbesserung der Zustände an unseren Schulen beitragen kann. ● (rb)**

**Links&bündig**

Was wurde aus den Anträgen des Unterbezirks Bremen-Stadt zur Landeskongferenz?

■ **Hochschulfinanzierung und Zivilklausel**

Der Antragsteil zur Hochschulfinanzierung wurde zurückgezogen, stattdessen ein reiner Antrag zur Zivilklausel verabschiedet.

Zur Hochschulfinanzierung soll nun gemeinsam mit dem Wissenschaftsforum ein Antrag geschrieben werden.

■ **StadtTicket**

Der Landesparteitag hat lediglich die Überweisung an die Bürgerschaftsfraktion beschlossen. Diese hat auf Basis des Juso-Antrages inzwischen einen Antrag beschlossen, der die Abschaffung des Nachtzuschlags, eine Layoutanpassung und eine bessere Vermarktung vorsieht. Auch bessere Mitnahmemöglichkeiten sollen geprüft werden.

■ **Ethische Finanzwirtschaft**

Der Antrag wurde vom Landesparteitag an den Arbeitskreis Wirtschaft der SPD überwiesen.

■ **Verbot von Pfefferspray, Hunde- und Pferdestaffeln**

Auf der Landeskongferenz wurde ein Gesprächsangebot des Innensenators angenommen. Im daraus resultierenden Gespräch wurde ein Entgegenkommen zumindest in Bezug auf die Hundestaffeln erzielt. Beim Pfefferspray haben die Jusos deutlich gemacht, dass Maßgabe für den Einsatz sein muss, dass keine Unbeteiligten getroffen werden können.

## UNTERBEZIRK BREMEN-STADT

**M**it dem Thema „MLP & Co. – was steckt hinter den Karrierehelfern?“ setzten sich die Jusos Bremen-Stadt in einer Mitgliederversammlung gemeinsam mit Arno Gottschalk (SPD), Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, auseinander.

Der ausgewiesene Finanzexperte berichtete darüber, mit welcher Masse Finanzdienstleistungsunternehmen wie MLP vorgehen, um Studierende als KundInnen für Versicherungsverträge zu gewinnen. Diese Unternehmen sind oft mit Ständen an Hochschulen vertreten und werben dort mit ihrem kostenlosen Beratungsangebot, wie z. B. Rhetoriktrainings, oder sie treten gezielt in Vorlesungen auf. „Da wird aber noch keine gezielte Werbung gemacht“, so André von den Jusos, „Ich bin angesprochen worden von MLP, ob ich nicht an einem kostenlosen Präsentationstraining teilnehmen möchte. Nach dem Training konnte ein kostenloser Persönlichkeitstest gemacht werden, wenn die eigenen Kontaktdaten, wie die Telefonnummer, angegeben wurde. Erst dann folgten mehrere Telefonanrufe, ob ich nicht eine Versicherung abschließen wolle.“ Martin von der Juso-Hochschulgruppe: „An der Hochschule werben sie mit Überraschungseiern – um so Telefonnummern und E-Mail-Adressen zu erhalten.“

Diese Finanzdienstleister finanzieren sich durch die erhaltenen Provisionen bei Vertragsabschlüssen, die um die 8 % der Auszahlungssumme ausmachen. Sie vermitteln die Versicherungen von Versiche-

rungsgesellschaften. „Das scheinbar kostenlose Beratungsangebot, das vor Abschluss einer Versicherung stattfindet und auch die Trainings werden damit vom Kunden selbst bezahlt“, so Gottschalk. „Akademiker sind dabei eine beliebte, lukrative Zielgruppe.“ Nach Abschluss eines Studiums stiegen deren Einkommen sehr rasch an und böte Finanzmittel für weitere Versicherungen, die durch den Finanzdienstleister durch umfassende Beratungen vermittelt werden könnten. So werde versucht, Studierende schon während des Studiums gezielt anzuwerben.

Es würden unter anderem Berufsunfähigkeitsversicherungen angeboten, die nach Abschluss eines Vertrages zunächst mit niedrigen Beitragszahlungen für die Studierenden starten. Im Laufe der Jahre steige die Beitragsentwicklung rasant an, sodass auf die Kunden horrenden Kosten zukommen. „Das können locker 600–800 € an Beiträgen pro Monat ausmachen, wenn mehrere Versicherungen abgeschlossen wurden“, so der Finanzexperte. Ein Ausstieg aus einer solchen Versicherung gestaltete sich als schwierig und ist mit finanziellen Verlusten verbunden, da bereits geleistete Beiträge nicht an den Kunden zurückfließen.

Bei diesen Finanzdienstleistern sei eine Berufsunfähigkeitsversicherung an eine Rentenversicherung gekoppelt, die als Geldanlage dienen soll und entweder nach dem regulären Vertragsende einmalig oder als Rente ausgezahlt werde.

„An sich ist eine Berufsunfä-

higkeitsversicherung keine schlechte Sache, denn eine Absicherung mit 60 % des letzten Lohns bei Eintritt einer fortdauernden Berufsunfähigkeit durch eine gesetzliche Rentenversicherung ist durch Reformen weggefallen. Jetzt muss jeder privat vorsorgen.“, so Gottschalk. „Heutzutage wird jeder dritte bis vierte Arbeitnehmer berufsunfähig, meistens durch psychische Erkrankungen. Wenn man sich mit der Thematik als Studierender auseinandersetzt, dann sollte eine solche Versicherung frühestens kurz vor Ende des Studiums abgeschlossen werden – bei einem seriösen Anbieter. Und dann nicht in Verbindung mit einer Rentenversicherung oder einer anderen Geldanlage.“, Gottschalk weiter. Denn diese seien völlig unpassende Angebote für junge Menschen im Studium, auch zum Abschluss einer Rentenversicherung empfehle sich ein späterer Zeitpunkt als das Studium. Hier sollte das Geld für bessere Investitionen, wie die Ausbildung, z. B. durch ein Auslandssemester, genutzt werden.

**A**StA für Alle (AfA) ist die linke Bündnisliste an der Uni Bremen. Seit über 20 Jahren kämpfen Jusos und andere linke Studierende bei AfA gemeinsam dafür, dass der AStA sich für die Ziele „Bildung für Alle“ und „Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung“ einsetzt.

Unter diesen Prämissen greift AfA ein breites Spektrum an hochschulpolitischen Themen auf: es geht genauso um echte Chancengleichheit wie um bessere Studienbedingungen und einen lebenswerteren Campus. Konkrete Punkte sind z. B. die konse-

## Die Uni zieht sich aus der Verantwortung

In der nachfolgenden Diskussion erörterten die Jusos, inwieweit gegen diese Werbemethoden vorgegangen werden kann. Ein Verbot durch einen Beschluss über die Werbung durch solche Unternehmen scheint nicht durchsetzbar. Der AStA der Universität Bremen sei hier schon aktiv gewesen und habe sich bei der Univerwaltung erkundigt. Laut Auskunft der Uni wurden die Werberechte an ein Werbeunternehmen verkauft und somit bestünde die Erlaubnis auf dem Gelände zu werben. Für welche Werbezwecke diese Berechtigung gültig ist, darüber sei auch von dem Unternehmen keine Auskunft zu bekommen. „Die Uni zieht sich dort

ganz raus, man weiß in der Angelegenheit nicht mehr, wo man noch hingehen soll und fragen, in welchem Umfang das Werben erlaubt ist“, so Lena von der Hochschulgruppe AStA für Alle (AfA) der Uni Bremen.

Die Jusos Bremen-Stadt wollen jetzt gemeinsam mit AfA an der Universität Bremen sowie mit der Juso-Hochschulgruppe der Hochschule Bremen ihre Ideen der Prävention und Überprüfung umsetzen: Präventiv kann zum Beispiel die Verbraucherzentrale Bremen in den jetzt anstehenden Orientierungswochen an den Hochschulen mit einem Stand vertreten sein, um aufzuklären. Weiter ist die Entwicklung einer Anfrage in Bezug auf Werbung auf Hochschulgeländen an den Senat geplant. ● (jh)

### Aktuelle Entwicklungen:

Voraussichtlich zur nächsten Sitzung der Bürgerschaft soll es, initiiert durch die Arbeit der Bremer Jusos, eine Anfrage zum Thema MLP geben, die für Transparenz sorgen soll.

## ASTA FÜR ALLE DIE LINKE BÜNDNISLISTE AN DER UNI BREMEN

quente Ablehnung von Studiengebühren jeder Art, die Forderung nach angemessenem BAföG und freiem Zugang zu Bachelor und Master oder studierendenfreundliche Öffnungszeiten der Mensa. Ebenso setzt sich AfA für Studierende mit Kind sowie Studierende mit ungeraden Bildungswegen ein, für die es häufig schwer ist,

sich im Uni-Alltag zurechtzufinden.

Als stärkste Kraft im Studierendenrat sowie als Teil des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) ist es AfA möglich, die Interessen der Studierenden mit Gewicht zu vertreten und oft auch durchzusetzen.

Für AfA ist auch klar: Wis-



senschaft ist frei – aber nicht ohne Verantwortung. So setzt sich AfA über den Akademischen Senat gegen jede Rüstungsforschung an der Uni Bremen und damit für die Wahrung der Zivilklausel ein. Ebenso tritt AfA dem zunehmenden Einfluss der Wirtschaft an der Uni Bremen entgegen und kämpft für die wissenschaftliche Unabhängigkeit von ökonomischen Interessen.

Bei all dem besteht AfA keineswegs aus einem einheitlichen Block aus Menschen mit der gleichen Weltanschauung. Abgesehen von inhaltlichen Meinungsunterschieden besteht AfA aus zahlrei-

chen aktiven Studierenden aus den verschiedensten Studiengängen, von ErstsemesterInnen hin zu ExamenskandidatInnen. Mit dieser bunten Mischung wird AfA auch in Zukunft für die Interessen der Studierenden kämpfen, um die Uni Bremen „studierbarer“ zu machen.

Listensprecherin und Listensprecher bei AfA sind derzeit Elena Reichwald und Stefan Weger. Kontaktdaten sowie die Termine der nächsten Listentreffen findet ihr auf der letzten Seite dieser Zeitung sowie unter [www.asta-fuer-alle.info](http://www.asta-fuer-alle.info). ● (di)

## JUSO-HOCHSCHULGRUPPE HOCHSCHULE BREMEN

Die Juso-Hochschulgruppe (JHG) an der Hochschule Bremen wurde im Dezember 2010 gegründet, ist also gerade einmal ein Dreivierteljahr alt. Mitmachen kann – wie bei allen JHGs – jeder. Weder Partei- noch Jusomitgliedschaft sind zwingend notwendig.

Die Hochschulgruppe trifft sich zur Zeit ungefähr alle zwei bis drei Wochen. Die Sitzungen finden dabei abwechselnd in der Mensa am Neustadtwall und im Lagerhaus im Viertel statt. Die nächste Sitzung ist am 10. Oktober um 19 Uhr am Neustadtwall. Dabei werden in erster Linie inhaltliche Themen (wie der Professorenmangel) diskutiert und Impulse für die Gremienarbeit gesucht.

Im vergangenen Jahr hat die JHG zum ersten Mal an der Studierendenratswahl teilgenommen. Mit 10% der abgegebenen Stimmen führen wir das fünftbeste

Ergebnis ein, aufgrund einer gefüllten Liste sind wir aber zweitstärkste Fraktion.

Außerdem sind zwei der neun

die die Positionen und Ankündigungen der JHG enthält. Die Informationen erhält man aber auch auf der Homepage der JHG unter



Referate mit Mitgliedern der JHG besetzt, JHG-Mitglieder finden sich in der Fachschaft der Fakultät 3 und arbeiten auch an außerinstitutionellen Initiativen, wie der „Professorenknappheits“-Initiative mit.

Unregelmäßig erscheint zudem unsere Info-Broschüre „Rote Post“,

[www.jusoshsbremen.wordpress.com](http://www.jusoshsbremen.wordpress.com).

Sprecherin der JHG ist Henrike Adebahr, Sprecher Martin Weinrich. Kontaktdaten findet ihr auf der letzten Seite dieses Heftes. Auf Anfrage nennen wir Euch gerne JHG-Mitglieder in Gremien. ● (mw)

**In 160 Zeichen**

*eure Meinung zu zwei Jahren Schwarz-Gelb*

- Zwei Jahre Schwarz-Gelb (2009–2011) waren die Epoche der spätrömischen Dekadenz, in der Hoteliers zufrieden waren und Plagiate zum guten Ton gehörten. (von Steffi)
- Der Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb beginnt übrigens "Wir stellen den Mut zur Zukunft der Verzagtheit entgegen." Vielleicht hätten sie den mal lesen sollen. (von André)
- Schwarz-Gelbes-Rührei-Fiasco. (von den Juso-SchülerInnen)
- Wie viele FDP-Mitglieder braucht man, um eine Glühbirne zu wechseln?  
Keine: Wenn die Rahmenbedingungen stimmen und die Steuern gesenkt werden, regelt der Markt das von alleine.

**FORUM**

**DEINE  
MEINUNG  
IST GE-  
FRAGT!**

**Hier klafft eine Lücke!**

Diese Seite lebt von Eurer Beteiligung. Ob du die aktuelle Tagespolitik kommentieren willst, auf einen Beitrag in dieser Zeitung reagieren oder sonst etwas schon immer mal loswerden wolltest – hier ist der Platz dafür. Schreib uns an [morgenrot@bremer-jusos.de](mailto:morgenrot@bremer-jusos.de).

**160 Zeichen zum Juso-Bundeskongress**

Für die nächste Ausgabe des MorgenRot interessieren wir uns für deine Erwartungen an den Juso-Bundeskongress, der im November stattfindet. Schreib sie uns in bis zu 160 Zeichen an [morgenrot@bremer-jusos.de](mailto:morgenrot@bremer-jusos.de).



## C WIE ZWETSCHGENMUS – DARUM CDU WÄHLEN!

**G**erade in diesen schweren Zeiten ist nur der Fels in der Brandung, der Kanzlerwahlverein mit dem C, eine gute Wahl.

Leider wählen manche nicht einfach das Richtige, sondern fragen – man stelle sich das vor – nach Gründen. Zum Glück hat die Kanzlerin zehn gute Gründe parat, sie und die CDU zu wählen:

### 1. „Entlastung der Bürger“

Das liegt auf der Hand. Das Steuersystem muss einfacher und gerechter werden. Deswegen kostet die wachstumsbeschleunigte Hotelnacht nur sieben, das Frühstück aber 19% Mehrwertsteuer. Diese – vereinfachende – Regelung haben wir übrigens auch auf Bordell-Besuche angewandt.

### 2. „Solide Haushaltspolitik“

Sparen ist ganz einfach. Dafür werden nur die Steuern gesenkt, die Freibeträge für Reiche erhöht und bei Sozialausgaben gekürzt. Das ist gerecht und gut. Und ab 2020 gibt es die Schuldenbremse, dann gibt es keine Schulden mehr, weil es keine Schulden mehr geben darf. So einfach ist das!

### 3. „Unternehmen stärken, Arbeitsplätze sichern“

In diesem Wahlgrund hat sich die CDU schon selbst übertroffen. So wurden 2010 sogar über 300 000 Jobs geschaffen! Dabei wurden gerade besondere Schlüsselindustrien gestärkt. Durch die christliche Lohnpolitik gelang es nämlich über 180 000 der neuen Stellen in der Leiharbeitsbranche anzusiedeln. Ein toller Erfolg!

### 4. „Arbeit muss sich lohnen“

Deshalb hat die CDU das Schonvermögen für Hartz IV-Empfänger erhöht. So kann der sächsische Friseur die von seinen 2,04€ zurückgelegten Ersparnisse behalten, wenn er arbeitslos wird.

### 5. „Familien werden gestärkt“

Wer mehr hat, verdient auch mehr. Deswegen wird der Kindersatz für Hartz-IV-Empfänger kaum erhöht, das Kindergeld etwas erhöht und der Kinderfreibetrag deutlich erhöht. Das ist gut und gerecht.

### 6. „Deutschland wird Bildungsrepublik“

Wegweisende Maßnahmen auch bei der Bildung: Etwa das „Deutschlandstipendium“. Mithilfe von Unternehmen sollten so 160 000, äh 10 000 Studenten mit exzellenten Leistungen gefördert werden. Denn die Bildungsrepublik braucht Elite statt gammeliger BAföG-Empfänger.

### 7. „Integration wird vorangebracht“

Gut getestet ist halb integriert. Deshalb führen wir Sprachtests ein. Europäische Integration ist dagegen nicht so gut. Dann zahlen wir für den Griechen. Das ist doof.

### 8. „Innere Sicherheit wird gestärkt“

Darum wollen wir Jugendliche nach Straftaten schnell und ohne langen Prozess einsperren. So sind alle sicherer. Ach, das ist alles so einfach!

### 9. „Aus der Krise lernen“

Als die Krise Deutschland im Griff hatte, haben wir mit der SPD Konjunkturprogramme aufgelegt und die Banken gerettet. Das war nicht gut, denn es hat uns zu schnell Wachstum beschert. Deswegen zögern und zaudern wir jetzt bis die Krise weg ist. Warum heute entscheiden, irgendwelche Länder zu retten, wenn wir das auch noch morgen machen könnten?

### 10. „Saubere, sichere und bezahlbare Energien“

Noch immer nicht überzeugt? Dann kommt jetzt unser bestes Argument: die Energieversorgung. „Dafür werden auch die Laufzeiten für sichere Kernkraftwerke verlängert.“ Ach nee, das sehen wir schon wieder anders. Egal, es hieß ja, „sichere Kernkraftwerke“ und wir haben bei einer Überprüfung gemerkt, dass es die nicht gibt. Dumme Sache, das.

**Wir freuen uns auf Ihre Stimme!**

(mw, Zitate: angela-merkel.de, 15.09.11)

## Impressum

**Herausgeberin:**  
Jusos in der SPD –  
Landesorganisation Bremen  
Obernstr. 39–43, 29195 Bremen  
www.jusos-bremen.de

**V.i.S.d.P.:** Sarah Ryglewski

**Autoren:** Raik Borsdorf, André Großardt, Janne Herzog, David Ittekkot, Jan Romann, Sarah Ryglewski, Martin Weinrich

**Bildnachweis:** „SurfGuard“ / flickr (Titel), Grüne NRW / flickr (S. 2), Privat (S. 4, 11), Julia Maas (S. 5), Chris Kubisch / pixelio.de (S. 12)

**Redaktion und Layout:** Martin Weinrich, Stefan Weger, Sherin Wanning, Falk Wagner, Jan Romann, Janne Herzog, André Großardt. Ihr erreicht die Redaktion via [morgenrot@bremer-jusos.de](mailto:morgenrot@bremer-jusos.de)

## Termine

- 6. Oktober 2011**  
„Partei in Bewegung“ mit Andrea Nahles, 18 Uhr im Haus der Wissenschaft  
—  
Listentreffen von AStA für Alle, 20 Uhr, Bandonion
- 7.–9. Oktober 2011**  
Bundestreffen der Juso-SchülerInnen in Bonn
- 10. Oktober 2011**  
Podiumsdiskussion zum Fachkräftemangel, 18 Uhr, IPS GmbH, Otto-Lilienthal-Str. 6  
—  
Juso HSG, Hochschule Bremen, 19 Uhr, Mensa Neustadtwall
- 11. Oktober 2011**  
„Mindestlohn macht Staat“ (Bremer Dialog der FES), 19 Uhr, Arbeiterkammer, Bürgerstr. 1
- 13. Oktober 2011**  
Redaktionssitzung MorgenRot, 18 Uhr, Bandonion  
—  
Mitgliederversammlung der Jusos Bremen-Stadt, 19 Uhr, Bandonion, Gertrudenstr. 37
- 14. Oktober 2011**  
Antragsschluss zum Juso-Bundeskongress
- 20. Oktober 2011**  
Listentreffen von AStA für Alle, 20 Uhr, Bandonion
- 27. Oktober 2011**  
Mitgliederversammlung der Jusos Bremen-Stadt, 19 Uhr, Bandonion  
—  
„PoliTisch“ der Jusos Bremen-Nord, 19.30 Uhr im Cordoba, Bremen-Vegesack
- 31. Oktober 2011**  
Sozialpolitischer Ausschuss: Perspektiven der öffentlich geförderten Beschäftigung, 19 Uhr, Konsul-Hackfeld-Haus, Birkenstr. 34
- 3. November 2011**  
Listentreffen von AStA für Alle, 20 Uhr, Bandonion
- 4.–6. November 2011**  
BKT der Juso-Hochschulgruppen in Kiel
- im November 2011**  
Verbandswochenende der Bremer Jusos (Datum folgt)
- 25.–27. November 2011**  
Juso-Bundeskongress, Lübeck
- 4.–6. Dezember 2011**  
Bundesparteitag der SPD in Berlin

**NÄCHSTE  
REDAKTIONS-  
SITZUNGEN:  
5. UND 13.10.  
KOMM VORBEI!  
MACH MIT!**

## Kontakt Daten

### Landesorganisation

[www.jusos-bremen.de](http://www.jusos-bremen.de)  
Sarah Ryglewski ([sarah@jusos-bremen.de](mailto:sarah@jusos-bremen.de))

### Unterbezirk Bremen-Stadt

[www.bremer-jusos.de](http://www.bremer-jusos.de)  
Falk Wagner ([wagner@jusos-bremen-stadt.de](mailto:wagner@jusos-bremen-stadt.de))

### Unterbezirk Bremerhaven

Kevin Lenkeit ([kevin.lenkeit@spd-bremerhaven.org](mailto:kevin.lenkeit@spd-bremerhaven.org))

### Unterbezirk Bremen-Nord

[www.jusos-bremen-nord.de](http://www.jusos-bremen-nord.de)  
Raik Borsdorf ([borsdorf@jusos-bremen-nord.de](mailto:borsdorf@jusos-bremen-nord.de))

### AStA für Alle (Uni Bremen)

[www.asta-fuer-alle.info](http://www.asta-fuer-alle.info)  
Stefan Weger ([stefan@asta-fuer-alle.info](mailto:stefan@asta-fuer-alle.info))

### Juso Hochschulgruppe (HS Bremen)

[www.jusoshsbremen.wordpress.com](http://www.jusoshsbremen.wordpress.com)  
Martin Weinrich ([mweinrich@stud.hs-bremen.de](mailto:mweinrich@stud.hs-bremen.de))

### Juso SchülerInnen

Sercan Alkaya ([schueler@bremer-jusos.de](mailto:schueler@bremer-jusos.de))